

Mai 2006

Senat-Informationspapier zu außen- und sicherheitspolitischen Themen
(Nr. 285)

Der „Konvergenzplan“

Das Wichtigste in Kürze

1. Der „Konvergenzplan“ sieht drei Regionen vor, in die sich Israel im Rahmen eines Teilrückzugs aus der West Bank zurückziehen wird: Jerusalem, die Jordansenke und die israelischen Siedlungsblöcke, darunter in erster Linie die „Ummantelung“ Jerusalems.
2. Im Rückzugsgebiet, das sich auf rund 43% des Territoriums der West Bank erstrecken wird, leben rund 380.000 Israelis in 52 Siedlungen und 270.000 Palästinenser, Letztere überwiegend in Ostjerusalem.
3. 31 Siedlungen mit insgesamt 40.000 Israelis sollen geräumt werden.
4. Die Palästinenser, die arabische Welt und die internationale Gemeinschaft werden generell jeden Schritt unterstützen, der mit einem israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten verbunden ist, jedoch nicht die Realität akzeptieren, die Israel mit einseitigen Schritten zu schaffen versucht.
5. Die israelischen Parteien rechts von „Kadima“ werden sich gegen einseitige Schritte ohne Gegenleistung stellen, während „Kadima“ selbst und die Parteien links von ihr solche Schritte unterstützen werden, falls es nicht zu effektiven Verhandlungen mit der anderen Seite kommen sollte.

Der „Konvergenzplan“ ist erklärtermaßen das Kernstück von Ehud Olmerts Regierungsprogramm. Olmert sagte in seiner Siegesrede nach den Wahlen zur 17. Knesset: „Wir werden in nächster Zeit bestrebt sein, die definitiven Grenzen des Staates Israel als jüdischer Staat mit jüdischer Mehrheit und als demokratischer Staat festzulegen“. Dabei betonte er, „Israel (werde) darauf hinarbeiten, dass dies mittels Verhandlungen und im Rahmen eines Abkommens geschehen könne“, da „es keine bessere Alternative als ein Friedensabkommen gibt.“ „Sollte dies jedoch [mit den Palästinensern] nicht gelingen, wird Israel sein Schicksal selbst in die Hand nehmen und auf der Grundlage eines breiten nationalen Konsens und weitgehender Übereinstimmung mit den Freunden im Ausland und vor allem mit den Vereinigten Staaten auch ohne Übereinkunft mit ihnen handeln.“

Um sich eine Vorstellung vom Verlauf der von Olmert festgelegten definitiven Grenzen und deren Auswirkungen zu machen, wollen wir einen Blick auf die außenpolitischen

Punkte im Parteiprogramm von „Kadima“ werfen und versuchen, anhand der darin aufgeführten folgenden drei Grundsätze eine Karte zu skizzieren:

„Gebiete, die für die Sicherheit Israels erforderlich sind, sollen unter israelischer Hoheit bleiben“ – Zur konkreten Benennung dieser Gebiete sei unter anderem auf die 1998 von der israelischen Regierung unter Netanjahu verabschiedete „Karte der israelischen Sicherheitsinteressen“ verwiesen. In diese Kategorie fällt das erweiterte Gebiet der Jordansenke. Dieses umfasst, nach Sharons Vorstellung, die „Allon-Straße“ [West-Ost-Verbindung, die sich von den östlichen Hügelzügen Samarias hinunter in die Jordansenke erstreckt] und die „darüberliegende [parallel zum Jordantal verlaufende] Hügelstufe“ sowie das 1.850 Quadratkilometer große Übungsgelände der israelischen Armee in der Judäischen Wüste, wo rund 10.000 Israelis in 29 offiziell anerkannten Siedlungen leben. Für die „Jordansenke“ gibt es jedoch auch eine bescheidenere Definition. Sie umfasst den Gebietsstreifen entlang der Straße Nr. 90 [Nord-Süd-Verbindung im Jordantal entlang der Grenze zu Jordanien]. Dieser dürfte im Falle eines unilateralen israelischen Rückzugs unter israelischer Kontrolle bleiben, nicht jedoch im Rahmen eines Abkommens zur endgültigen Regelung des Konflikts.

„Die heiligen Stätten des Judentums mit nationalem Symbolcharakter bleiben unter israelischer Hoheit, darunter in erster Linie das geeinte Jerusalem als Hauptstadt Israels“ – Zu dieser Kategorie zählen wir Jerusalem innerhalb der neuen Grenzen, wie sie die Sperranlage definiert. Das von Israel beanspruchte Gebiet östlich der „grünen Linie“ umfasst somit 74 Km² und entspricht ungefähr der Fläche Ostjerusalems, die sich auf 70 Km² beläuft. Diesem Gebiet wären noch Kiriath Arba und das jüdische Viertel von Hebron, der Stadt der Väter, hinzuzufügen, d.h. weitere 65 Km² mit rund 7.000 israelischen Bewohnern.

„Möglichst viele jüdische Siedler sollen unter israelischer Hoheit bleiben, vor allem in Siedlungsblöcken“ – Der Verlauf der weit fortgeschrittenen Sperranlage gibt Anhaltspunkte dafür, was mit diesen „Siedlungsblöcken“ genau gemeint sein könnte. Das Gebiet entlang der Sperranlage stellt Sharons Auffassung nach übrigens die „westliche Sicherheitszone“ dar. Zu den „Siedlungsblöcken“ gehören die drei „Blöcke“, die die Ummantelung Jerusalems bilden, d.h. Givat Zeev, Maaleh Adumim und das erweiterte Gush Etzion (insgesamt 165 Km² mit 88.000 Israelis in 17 Siedlungen), der Block Ariel-Kedumim, der eventuell in zwei Teile aufgeteilt wird (insgesamt 12 Km² mit 36.000 Israelis in 5 Siedlungen) sowie kleinere Blöcke wie Shaked, Alfei Menashe, Tsofin etc. (rund 153 Km² mit 25.000 israelischen Einwohnern in 14 Siedlungen).

Das Gesamtbild, das sich aus dieser Aufstellung ergibt, deutet darauf hin, dass Olmert wahrscheinlich eher durch einen unilateralen Rückzug als im Rahmen eines Abkommens versuchen wird, mit oder ohne Trennanlage eine Fläche von 2.440 Km², d.h. 43% der West Bank unter israelischer Hoheit zu belassen. Dort befinden sich 52 Siedlungen mit insgesamt 377.000 Israelis (Ostjerusalem eingeschlossen), wo rund 90% der Israelis östlich der grünen Linie leben. In diesem Gebiet verblieben rund 270.000 Palästinenser, die meisten in Ostjerusalem und ein Teil im Gebietssektor „H2“ in Hebron. Was den übrigen Teil der West Bank anbetrifft, dürfte Olmert die Räumung oder „Umsiedlung in

israelische Siedlungsblöcke“ von rund 40.000 Israelis in 31 anerkannten Siedlungen anordnen, darunter voraussichtlich Ofrah, Beit El und Elon Moreh.

Als wie wahrscheinlich kann nun die Bildung eines „breiten nationalen Konsens und die weitgehende Zustimmung der Freunde Israels in der internationalen Gemeinschaft und der USA“ für eine solche Landkarte gelten?

Diese Landkarte würde von der israelischen Politik zweifellos fast einstimmig akzeptiert, sofern sichergestellt werden könnte, dass es sich dabei um die endgültigen Staatsgrenzen handelt. Zudem ist davon auszugehen, dass sich „Kadima“ und die Parteien links von ihr im Rahmen eines endgültigen Abkommens selbst von der Jordansenke und der Judäischen Wüste trennen würden, wodurch nur noch 10% von der West Bank unter israelischer Hoheit verbleiben würden. Im Rahmen des einseitigen „Konvergenzplanes“ dürften sich sämtliche Parteien rechts von „Kadima“, insbesondere der Likud, gegen jegliche einseitige Schritte aussprechen, die mit der Räumung von Siedlungen verbunden, jedoch nicht an politische Gegenleistungen der anderen Seite gebunden sind.

Auf palästinensischer Seite dürfte jeder israelische Rückzug sowohl bei der Fatah als auch bei der Hamas auf stillschweigende Zustimmung stoßen. Offiziell werden Vertreter der Fatah Bedenken gegen solche Schritte äußern, die ihrer Meinung nach ihre extremistischen Gegenspieler stärken. Zudem dürften sie einmal mehr darauf hinweisen, dass die endgültigen Grenzen nur durch ein bilaterales Abkommen auf der Grundlage der UNO-Resolution 242 festgelegt werden können. Die Hamas dürfte dagegen den bisherigen Verlautbarungen ihrer Vertreter zufolge jegliche durch Israel gezogene Grenze ablehnen und weiter an ihrem Standpunkt festhalten, der die Anerkennung Israels generell ablehnt.

Die arabische Welt hat ihren Beschluß vom März 2002 erneut bekräftigt, der einen umfassenden Frieden mit Israel und die volle Normalisierung der Beziehungen zu Israel gegen einen vollständigen israelischen Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten sowie die Errichtung eines Palästinenserstaates mit Ostjerusalem als Hauptstadt vorsieht.

An der europäischen Haltung hat sich seit der Erklärung von Venedig im Juni 1980 nichts geändert. Israel wird darin von den damals neun Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft aufgefordert, die seit 1967 besetzten Gebiete zu räumen. Zudem machen die Neun deutlich, dass sie keine einseitigen Initiativen akzeptieren, die eine Änderung des Status von Jerusalem bezwecken: „The Nine stress the need for Israel to put an end to the territorial occupation which it has maintained since the conflict of 1967...“ [...] „The Nine stress that they will not accept any unilateral initiative designed to change the status of Jerusalem“. Hinsichtlich der Siedlungsblöcke, die Israel zu annektieren beabsichtigt, steht in der Erklärung von Venedig, dass die neun Mitglieder diese Siedlungen sowie jede Bevölkerungs- und Eigentumsverschiebung in den besetzten arabischen Territorien als Verstoß gegen das Völkerrecht betrachten: „The Nine consider that these settlements, as well as modifications in population and property in the occupied Arab territories, are illegal under international law.“ Israel dürfte also mit seinen Plänen in Europa nicht auf Gegenliebe stoßen. Im Gegenteil: Europa würde die Boykottmaßnahmen gegen die israelische Präsenz in den besetzten Gebieten verschärfen.

Comment [L1]: Micky: 3
weitere Prozent verglichen womit?

Die US-Regierung unter Bill Clinton wich im Dezember 2000 von der grundsätzlichen Haltung der Vereinigten Staaten ab, als sie einen Plan für eine endgültige Regelung des Konflikts vorlegte, der Israel weitere drei Prozent der West Bank ohne jede Gegenleistung an die Palästinenser zusprach. Der derzeit amtierende Präsident, George Bush gab im April 2004 im Rahmen eines Briefwechsels mit Sharon bekannt, dass es unrealistisch sei zu erwarten, dass Verhandlungen über den endgültigen Status zu einem vollständigen Rückzug [Israels] auf die Waffenstillstandslinien von 1949 führten. Andererseits sei es eine realistische Annahme, so Bush, dass ein Abkommen zur endgültigen Regelung des Konflikts nur auf der Basis von einvernehmlichen Änderungen möglich sei, die diese Realität [d.h. die seit der Besetzung 1967 gewachsenen israelischen Bevölkerungszentren in der West Bank] reflektieren: „...It is unrealistic to expect that the outcome of final status negotiations will be a full and complete return to the armistice lines of 1949. [...] It is realistic to expect that any final status agreement will only be achieved on the basis of mutually agreed changes that reflect these realities.”

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die israelische Regierung unter Olmert jüdische Siedlungen östlich der Sperranlage räumen oder palästinensische Viertel von Jerusalem durch die Sperranlage vom Rest der Stadt trennen kann. Dafür könnte es verschiedene Beweggründe geben, vor allem das Bestreben, die strategisch-militärische Position Israels zu verbessern und die Notwendigkeit der politischen Trennung beider Seiten stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Doch es ist nicht davon auszugehen, dass es Israel gelingen wird, seine endgültigen Grenzen durch einseitige Schritte festzulegen. Die Haltung der Palästinenser, der arabischen Welt und der internationalen Gemeinschaft ist klar und unnachgiebig: Generell wird jeder Schritt unterstützt werden, der mit einem israelischen Rückzug aus besetzten Gebieten verbunden ist, jedoch nicht die Realität, die Israel mit einseitigen Maßnahmen wie beispielsweise mit dem „Konvergenzplan“ zu schaffen versucht.